

# Schlesische

# Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)  
Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Unterhaltung, Wissen und Kunst“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Kugel“.  
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Weisklein, Bistabitz.

**Anzeigenpreis:** Die Einzelplattene 1/4 Meterzelle od. deren Raum 10 Goldpfennige, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 4 Goldpfennige. — Kellernummer 1: Die 1/4 Meterzelle 4 Goldpfennige, obere deren Raum im Text 30 Goldpfennige.

Sonntag, 15. Juni 1924

**Bezugspreis:** Bei wöchentlich 6 maligem Erscheinen monatlich 2.—, 6 malig 1.—, 3 malig 50 Pf. Einzelne durch Strafenpost, z. Klasse 10 A) Postkontonummer 210 55 — Fernsprecher: Breslau, Ring 3837.

## Heut demonstrieren wir für die Opfer der Revolution!

Heut werden die Arbeiter Berlins nach dem Friedhof in Friedrichsfelde hinausziehen, um an den Gräbern der Opfer der Revolution, an den Gräbern von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, von Leo Jogisches und Sili, von den von Noskes weissen Gardem erschlagenen „Vorwärts“-Parlamentaren, den Grundstein zu dem Denkmal bereit zu legen, die Kämpfer für die Befreiung des Proletariats gefallen sind. Die Berliner Arbeiter werden den Weg ziehen, auf dem sie, Erbitterung und Groll im Herzen, im Januar 1919 Karl Liebknecht hinausragten und auf dem sie am 13. Juni vor fünf Jahren Rosa Luxemburg, ihrer von Scheidemann, Noske und Wels feige gemordeten Führerin und Kameradin in der Revolution, in gewaltiger Demonstration hinausfuhrten.

Die Grundsteinlegung am Sonntag ist mehr als nur eine Antwort auf diese frechen Burgerkriegspropagationen der vollstandigen Banden. Sie betundet den entschlossenen ruckichtslosen Willen der Arbeiter Berlins und ganz Deutschlands, allen Gewalten zum Trotz den Kampf bis zum Siege fortzuführen, in dem ihre Vorkämpfer und mit ihnen 15 000 namenlose Proletarier vom weissen Schreden har befreit wurden.

### Ein Demonstrations-, kein Feiertag, ist der 15. Juni dem deutschen Proletariat.

In kommunistischem Angriffsstilz die Konterrevolution gerade in diesen Tagen gegen die deutsche Arbeiterschaft und ihre Führerin, die Kommunistische Partei, vor. Mit einem Schlag hat der Wahlsieg die gehegten, verbotenen und verleumdeten Kommunisten in den Mittelpunkt der politischen Geschehnisse gestellt. Ihr entschlossenes Auftreten im Reichstag, wo sie die offene Sprache der proletarischen Revolution gesprochen haben, hat den deutschen werktätigen Massen gezeigt, wie der gesammelten Gegenrevolution deutlich gezeigt, daß vom Sieg oder der Niederlage der Kommunisten in Deutschland das Schicksal der arbeitenden Massen abhängt. Schwertcapitalisten und Junker wissen, ohne die Niederwerfung der Kommunisten, als den Vorkämpfern der Revolution, wird das Proletariat die Unterjochung unter das Sachverstandigenutachten, die Verbilligung unter den 12- und 14-Stundenlohn, die Massenarbeitslosigkeit der heranrückenden Krise, politische Entrechtung und wirtschaftliche Knebelung nicht dulden. Es wird auch in Zukunft gegen die kapitalistische Form sich auflehnen, wie sie seit Jahrzehnten in den gewaltigen Streiks der rheinischen Metallarbeiter, der Bergarbeiter an der Ruhr, der Werft- und Anilinarbeiter, der Proleten in Oberschlesien und Mitteldeutschland ausgebeutet hat.

Darum muß die Konterrevolution, wenn sie ihre Macht behaupten will, die Kommunisten von den auf sie vertrauenden Massen loszureien. Als einziges Mittel bleibt ihr die nackte Willkür. Das Parteiverbot vom November war ein Schlag ins Wasser. Darum verdienen Jartes und seine willfurigen sozialdemokratischen Landesminister planmässig die Kommunisten niederzuschlagen. Darum muß sie noch einmal den schon hundertfach mißglückten Versuch wiederholen, die Kommunisten von den auf sie verantwortlichen Masse.

Der Arbeitererregnis, in dem das Proletariat seine Stimme gegen die Verbilligung unter das Pariser Sultenkomitee und die Londoner Bankmagnaten erheben will, wird verachtet, während die Gegenrevolutionare sich unter dem Schutz der „republikanischen Polizei“ überall frei versammeln können.

Die kommunistische Partei steht außerhalb des Gesetzes. Sie ist rechts der Willkür jedes Polizeimeisters ausgesichert. Mit Noske nicht darüber. Wir stellen das nur fest, damit das deutsche Proletariat, wenn es am 15. Juni an den Gräbern seiner Befreier demonstriert, den Sinn dieser Demonstration klar erfassen.

Infame Verleumdungen und freche Schandthaten treten an Stelle des offenen politischen Kampfs, genau so, wie im Januar 1919 der Versuch wurde die einzige Waffe der in ihrer Macht ermächtigten Sozialdemokratie zu zerbrechen. Die Verleumdungen des Herrn Noske sind seit Monaten auf die Kommunisten losgeschleudert, um mit Oberbefehlshabern und Unterbefehlshabern den entscheidenden Genesungsprozess gegen die Partei vorzubereiten.

Als „gemeine Verbrecher“ sollen die Kommunisten gebrandmarkt werden, damit, ungefahrt von ihnen, die Konterrevolution samt den sie kutzenden Hilferdingen ihre Verbrechen am werktätigen Volk Deutschlands vollenden kann.

portierte in ganz Berlin, besonders unter den Soldaten, daß die Regierung einen hohen Kopfspreis auf die Befreiung der beiden Genossen ausgesetzt habe. Ungehort konnten in den Straßen Berlins grellrote Plakate angeklebt werden, auf denen zu lesen stand: „Schlagt Liebknecht tot! Noske, von der Regierung zum Massenmocher der Revolution bestimmt, ließ bei den Offizieren und Soldaten ebenfalls keinen Zweifel darüber, daß die Voraussetzung zur Niederschlagung der rebellischen Arbeitermassen die Unschädlichmachung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sei.

Eine ganze Meute von Menchelmochern und Spitzeln werden hinter die beiden Genossen gehetzt. Eugen Ernst, der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, rühmt sich, den Januaraufruch von 1919 provoziert zu haben, um die rebellischen Arbeiter Berlins niederschlagen zu lassen. Er war es, der das infame System der Kopfschel und Mochergelohnungen wieder einführte, gegen das er ehemals keine Broschüre geschrieben hatte.

Im ganzen Chor der sozialdemokratischen Führer schrieb es in den Tagen des Januaraufruchs nach der Befreiung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts. Sie forderten zwar nicht direkt zum Mochelmord auf, aber die ganze Art ihrer Hee mußte bei den durch den Krieg verletzten Offizieren und Soldaten die Auswirkung haben, die sich in den Abendstunden des 15. Januar 1919 im Edenhotel vollzog. Das würden auch die sozialdemokratischen Führer, die in ihrer Angst vor einer wirklichen Revolution der revolutionären Arbeiterschaft Berlins ihre einzigen Führer entreißen wollten. Und es war nicht minder Feigheit, wenn sie nach vollzogener Tat sagten: „das haben wir nicht gewollt.“ Waren Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die für das Wohl der Arbeiter schädlichen Elemente, als die sie von den sozialdemokratischen Führern hingestellt wurden, dann war in diesen Tagen des Chaos ihre Befreiung eine notwendige Tat. Waren sie diese gefahlichen Elemente nicht, dann war es ein Verbrechen, diese Hee gegen sie zu treiben, dann waren die die Mocher, die diese Hee betrieben. Und es ist es keine Uebertreibung, wenn wir behaupten, daß die Mocher von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die sozialdemokratischen Führer sind.

Wenn heute die sozialdemokratischen Führer den Namen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in den Mund nehmen, und sie gar für sich gegen die Kommunisten reklamieren, so ist das eine Leichenschandung, wie sie schließlich nicht am Abend des 15. Januar von den vertierten Soldaten begangen wurde, als sie die Leiche Rosa Luxemburgs an der Corneliussbrucke in den Landwehrkanal warfen, oder die Offiziere den Leichnam Karl Liebknechts mit Führen traten und ihn dann als unbekannt in einer Leichenhalle ablieferierten. Die ganze Demoralisation dieser Führerschaft der Sozialdemokratie offenbart sich gerade an ihrer Treibherrschaft an dem Mochelmord von Rosa und Karl. Die Gerichtsmafie, die gegen die Mocher aufgeführt wurde, fand die Billigung und die Unterstützung der sozialdemokratischen Führer in und außerhalb der Regierung.

Es wäre aber zwecklos, sich über diese Schandthaten der sozialdemokratischen Führer zu entrücken. Sie waren die folgerichtige Auswirkung ihres Verhaltens vom 4. August 1914, ihrer Durchhalte- und Arbeitsgemeinschaftspolitik, ihrer Hee und Demuniation gegen Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring und gegen alle, die mit ihnen die Kriegspolitik bekämpften. Das, was sie im Kriege begonnen, das haben sie bis auf den heutigen Tag fortgesetzt: Als Lakaien der Kapitalisten sehen sie in der Revolution ihren Feind, suchen sie Schutz bei ihren Herren. Wenn die deutschen Arbeiter der Schandtat gedenken, die an ihren beiden größten Führern verübt worden ist, so sollen sie es tun mit dem festen Vorsatz, sich für immer zu trennen von ihren Mochern. Dann sollen sie es tun mit dem Entschluß, sich der Revolution anzuschließen und durchzuführen, was ihnen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am Schluss des Spartakusprogramms auftriefen:

„Auf Proletarier, zum Kampf! Es gilt ein Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen. In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feinde das Wort: Darum auf's Auge und Arie auf die Brust.“



Einst kommt der Tag, da wir uns rächen . . .

Das Gelingen dieses Planes, die Tief des Vortages der Konterrevolution in die Reihen des Proletariats hängt ab von der Gegenwart, die das Proletariat diesen Mochensystemen seiner Todfeinde entgegenstellt.

Wenn inmitten der Stürme, die auf die kommunistische Partei losbrechen, die Arbeiter Berlins und mit ihnen die Vertreter der deutschen Arbeit und des internationalen Proletariats sich am Sonntag unter der roten Fahne in Friedrichsfelde versammeln, so ist das nicht nur ein Gedenken an die Leiden der Revolution, so ist das nicht nur ein Gedennis, es ist eine gleichzeitige Demonstration, in dieser Zeit, ist die Kundgebung des entschlossenen Willens der arbeitenden Massen, aufzustehen, aufzutreten, und den Fuß auf den Nacken zu setzen, die wieder mit dem Willkür die arbeitende Volk niedertrampeln wollen.

### Die Mocher.

W. V. Als am Abend des 15. Januar 1919 im sozialdemokratischen Rat der „Volksbeauftragten“ die bestialische Mordtat bekannt wurde, die an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Eden-Hotel von Offizieren und Soldaten der Gardelavallerie Schandlichkeiten verübt worden war, soll Philipp Scheidemann geantwortet haben: Das haben wir nicht gewollt.

Aber was wollten die Führer der Sozialdemokratie, und was taten sie? Sie trieben eine infernalische Hee gegen Rosa Luxemburg und gegen Karl Liebknecht. In Versammlungen und Zeitungen, unter den Soldaten und Arbeitern suchten sie die beiden Genossen als die Urheber des fürchterlichen Chaos hinzustellen, das durch den Kriegszusammenbruch in Deutschland hervorgerufen war. Den aus dem Felde heimkehrenden Soldaten wurde der Glaube beigebracht, daß in Berlin alles drunter und drüber ginge und man in Berlin erst Ordnung schaffen müsse, und daß die Voraussetzung dazu die Unschädlichmachung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sei. So den täglichen Paroleausgaben an die in Berlin stationierten Truppenteile wurde ganz offensichtlich mit der nicht mizuverstehenden Gesche des Konterrevolutionars auf die wirksamste Art der Unschädlichmachung dieser beiden revolutionären Führer hingewiesen. Der Schwurgedicht von Philipp Scheidemann sei

# Individueller Terror.

Von Hugo Charlein.

Die armen Arbeiter haben wieder einmal schreckliche Tage. Tag und Nacht, und über selbst in ihren schönsten Träumen, werden sie verfolgt von den bombenschnelnden Kommunisten, die ihnen die Handgranaten und Revolver der Dold, die Torbus- und Choleraabfälle durchs Gehirn. Nur die Giftgase fehlen noch. Geduld, sie werden in den nächsten Tagen auch noch kommen. Es vergeht kein Tag, an dem die Presse nicht neue Enthüllungen über die kommunistische Tötung, über Mord und Greueln der Kommunisten, über Attentate ohne Zahl zu berichten weiß. Da ist der Seerdt und der Mosk, da ist der Minister Koll ermordet, da ist ein Denkmal in Potsdam und eine ganze Fackelgesellschaft in die Luft geflogen, da ist im Wahlbörfer Walde ein junger Wursche, und da sind Polizeipöbel ohne Zahl um die Erde gebracht worden. Und alles durch die Kommunisten.

Am nächsten best natürlich die sozialdemokratische Presse. Bei ihr stehen alle diese Verbrechen von vornherein fest, für sie gibt es keinen Zweifel: die Kommunisten sind keine Partei mehr, sie sind zu einer Verbrecherbande geworden. Die bürgerliche Presse muß sich zum größten Teil noch ein wenig zurückhalten. Sie ist immerhin gezwungen, ein wenig auf die Intelligenz ihrer Leser Rücksicht zu nehmen. Denn von denen werden sich doch eine ganze Anzahl beim Lesen dieser Schauererzählungen an den Kopf fassen und fragen: zum Teufel noch einmal, die Kommunisten sind eine Partei von weit über 300 000 Mitglieder, für sie haben der letzten Reichstagswahl 3, Millionen Arbeiter ihre Stimme abgegeben, an jedem Tag ein neuer Mord, ein neues grausiges Verbrechen, und alle die, die Seerdt, Mosk, die Koll usw., sie le ben a l l e n o c h und ihnen ist kein Härlein gekrümmt worden. Und das Denkmal in Potsdam steht, und die Fackelgesellschaft wurde nicht in die Luft gejagt. Und das ganze große Heer der Polizeipöbel lebt und es geht ihnen schrecklich nicht schlecht. Was soll das alles bedeuten? Wenn eine so große Partei sich zum individuellen Terror bekennt, dann müßten doch wenigstens schon einige Taten sichtbar sein. Gewiß! Gemordet wird in Deutschland doch gerade genug. Die Erzberger- und Rathenau-Morde, die Attentate auf Scheidemann, Harden, die Attentate auf Seerdt und der Mord in Paris, der Mord im Wahlbörfer Walde und die vielen, vielen anderen sind Tatsache. Aber dort wo Morde festgelegt worden sind, ist bisher immer nachgewiesen worden, daß sie nicht von den Kommunisten, sondern von den Nationalisten verübt worden sind.

Solche Erwägungen hindern den „Vorwärts“ natürlich nicht. Er braucht die Hege gegen die Kommunisten. Und da für ihn der politische Kampf gegen den Kommunismus ausichtslos ist, so verucht er auf dem Wege der Mordebege sein Ziel zu erreichen.

Dabei ist die Stellung der kommunistischen Partei und der kommunistischen Internationale zum individuellen Terror klar und eindeutig niedergelegt in unseren Grundgesetzen, niedergelegt in schloßen Theorien, in unsere Stellung zum individuellen Terror auf Grund unseres Bekenntnisses zum Marxismus und Leninismus, zum Klassenkampf völlig klar: Die kommunistische Partei Deutschlands und die kommunistische Internationale lehnen den individuellen Terror als Kampfmethode ab. Wir lehnen ihn nicht ab aus irgendwelchen Sentimentalitätsbeträgen, wir lehnen den individuellen Terror ab, weil er eine schwache und unbrauchbare Waffe im Klassenkampf ist.

Individuelle Terrorakte nützen der Arbeiterbewegung nicht. Sie fördern diese Entwicklung nicht, sie erweitern nicht die Erkenntnis der Massen über die Notwendigkeit des Klassenkampfes. Was hätte für das Proletariat die Ermordung von Seerdt für einen Sinn? Jedem weiß, nach der Ermordung von Seerdt werde an seine Stelle ein anderer Seerdt treten, wenn sich die Machtverhältnisse nicht geändert haben. Die Voraussetzungen für die Beseitigung von Seerdt sind die Veränderung der Machtverhältnisse. Die aber können nur durch den Klassenkampf des Proletariats, durch den Kampf der Klasse, nicht durch individuellen Terror geändert werden.

Hörern aber individuelle Terrorakte den Willen des Proletariats zum Klassenkampf? Nein, im Gegenteil, sie führen diese Entwicklung. Denn die noch nicht kampfbereiten, zögernden und schwankenden Massen werden durch individuelle Terrorakte leicht zu der Illusion verleitet, als könne der Klassenkampf durch ein paar gezielte Morde und rasche Terroristen ersetzt werden.

Während wir Kommunisten den individuellen Terror ab-

lehnen, bekennen wir uns aber in der Periode des Bürgerkrieges zum Massenterror. Zum Massenterror, wie ihn die bolschewistische Partei im Rußland in der Periode des Bürgerkrieges gehandhabt hat. Im Bürgerkrieg hat die Bourgeoisie die heilige Pflicht, sich nicht nur gegen die ankämpfenden weißen Scharen der Bourgeoisie zu wehren, sie hat im Bürgerkrieg vielmehr die Aufgabe und die Pflicht, mit allen Mitteln offen die Bourgeoisie anzugreifen und sie als Klasse zu vernichten, auch mit den Mitteln des Massenterrors. In welchen Formen und mit welchen Mitteln im offenen Bürgerkrieg der Massenterror anzuwenden ist, läßt sich vor dem Bürgerkrieg rein theoretisch nicht gliedern und festlegen. In welchen Formen der Massenterror im Bürgerkrieg vom Proletariat angewendet werden muß, das hat uns wiederum zur Genüge der Verlauf der russischen Revolution gelehrt.

Wenn trotz dieser klaren und eindeutigen Stellung der kommunistischen Partei hier und da Arbeiter, die vielleicht zum Teil auch Mitglieder der kommunistischen Partei sind, sich in kleinen Konventikeln zusammenschließen und terroristische Pläne schmieden, so ist, selbst wenn das nachgewiesen werden kann, das noch lange kein Beweis dafür, daß die kommunistische Partei oder ihre Führung den individuellen Terror will oder anordnet. Nirgends und niemals hat die kommunistische Partei oder ihre Führung sich zum individuellen Terror bekannt oder ihn praktisch betätigt. Wenn die sozialdemokratische Partei die Parteileitung der Kommunisten für solche Konventikelschwärze verantwortlich machen will, so wäre das selbe, als wenn wir heute für das Attentat auf den Bundeskanzler Seipel die sozialdemokratische Partei Österreichs und die Londoner Internationale verantwortlich machen wollten; denn der Wiener Attentäter war Mitglied der sozialdemokratischen Partei.

Die Schuld zu obigen Schreckereien — denn zu Taten ist es nirgends gekommen — tragen allein die, die in dem irrigen Glauben, eine Massenpartei, wie es die kommunistische Partei Deutschlands ist, durch terroristische Verbrechen aus der Welt schaffen zu können.

Die, die die kommunistische Partei monatelang gezwungen haben, in die Illegalität zu gehen, die die vierthöchste Partei im Reich monatelang unterirdisch zu leben, sie tragen die wirkliche Schuld dafür, wenn heute die und da ein paar Arbeiter auf den Gedanken kommen, die Waffe des individuellen Terrors anzuwenden. Indem sie 300 000 und mehr deutsche Arbeiter zwingen ihre politische Arbeit unterirdisch zu leisten, nähern sie der Partei und der Parteileitung die öffentliche Kontrolle über jede einzelne Handlung ihrer Mitglieder. Denn solche geheimnisvollen Konventikel können nur entstehen und können nur leben im unterirdischen politischen Kampf.

Die Arbeiter, denen in der Illegalen Zeit die Führung der kommunistischen Partei und die Aufführung durch die kommunistische Partei fehlte, die in dieser Zeit schamlos unterdrückt persönlich niedergelassen, in die Gefängnisse und Zuchthäuser geschleift wurden, die in dieser Zeit den Kontakt mit den Massen verloren und denen die klare politische Erkenntnis des Möglichen und Notwendigen fehlt, sie allein können auf abwegige Gedanken kommen, die einzelne Unheil mit Einzelterror zu beantworten. Wir billigen das nicht, wir verurteilen als Partei solche Erscheinungen, aber wir lehnen es entschieden ab, diese Arbeiter heute zu beschuldigen. Das ist eine alte gute Tradition in der revolutionären Arbeiterbewegung, daß sie für jeden revolutionären Arbeiter eintritt, um ihn vor dem Verdacht seiner Klassenfeinde zu schützen und das auch dann, wenn er aus Mangel an klarer Erkenntnis, aber im guten Glauben von dem richtigen und einzig möglichen politischen Weg abgewichen ist. Die kommunistische Partei überläßt keinen revolutionären Arbeiter, und mag er noch so leicht gehandelt haben, kampflös den Blutströpfen der Partei.

Anstatt aus den Erfahrungen des letzten Jahres die Konsequenzen zu ziehen, benutzt heute die ganze bürgerliche Presse und an ihrer Spitze die Sozialdemokratie, Auswüchse der Illegalen Zeit, um erneut den Kampf gegen die kommunistische Partei zu führen mit dem ausgesprochenen Zweck, die kommunistische Partei wieder in die Illegalität zu drängen.

Schon beginnen von neuem die Verbote unserer Zeitungen, es wächst von Tag zu Tag die Zahl der Verhafteten, die Presse stellt nach dem Verbot der kommunistischen Partei. Nun gut, es heißt es wegen! Die kommunistische Bewegung Deutschlands wird auch bei einem neuen Verbot nicht untergehen. Am 1. August läßt sich zum zehnten Male der Tag, an dem unter Führung Koll Luxemburgs die ersten sieben Genossen zu gemeinsamen Kampf zusammentraten, an diesem Tage er-

hab Spartakus zum ersten Male sein Haupt. Aus diesem kleinen Häuflein ist die nach Hunderttausenden zählende kommunistische Partei in Deutschland geworden. Sie wird weiter wachsen bis zum Siege des Proletariats trotz aller Verbote und aller Verfolgungen. Darüber gibt es keinen Zweifel. Auch aus einem neuen Verbot der Partei wird diese größer und stärker hervorgehen, bis sie endlich das deutsche Proletariat zum Kampf und zum Siege führen kann.

Wenn aber wieder durch neue Verbote der Partei diese zur unterirdischen Arbeit gezwungen wird, wenn ihr aber dadurch die Kontrolle und die feste Führung des revolutionären Proletariats in Deutschland geschwächt wird, dann sollen die, die heute Zeter und Mordio schreien, sich nicht wundern, wenn sich immer wieder Arbeiter finden, die vom klaren und eindeutigen Weg des Kommunismus abweichen, wenn solche zu Handlungen schreiten, die nicht kommunistisch sind, die von der kommunistischen Partei abgelehnt werden und die dann nicht uns, sondern denen zur Last fallen, die schuld sind an den Verfolgungen der Partei.

## Das Fiasko des Beamtenabbaus.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht eine Mitteilung über die Resultate des Beamtenabbaus, die zeigen, daß das finanzielle Resultat des Abbaus ungefähr gleich Null ist. Es sind etwa 400 000 Beamte, Angestellte und Arbeiter abgebaut worden, oder ca. 25 Prozent aller Beschäftigten. Die Ersparnis beträgt insgesamt 434 Millionen Goldmark. Wenn man die Ausgaben an Pensionen usw. an die Abgebauten berücksichtigt, bleibt als effektive Ersparnis bei dem deutschen 6-Milliarden-Etat eine vollkommen bedeutungslose Summe.

Der ganze Beamtenabbau war nichts anderes als ein Mittel der Kapitaloffensive, um durch Schaffung einer Armee von Hunderttausenden von Arbeitslosen die Bedingungen für die Steigerung der Ausbeutung zu erleichtern.

## Abwürgung des Eisenbahnkampfes.

Die Eisenbahner wollten kämpfen. — Die Führer verhandelten und sabotierten den Kampf.

Der Vorstand und Verbandsbeirat des Deutschen Eisenbahnverbandes nahm in Berlin zu dem Angebot des Reichsverkehrsministeriums für die Eisenbahner und zu der letzten Beschlußregelung der Beamten Stellung. Die Erregung der Arbeiter und Beamten veranlaßte den Verbandsbeirat, die Annahme des Kampfes zu erwägen. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, erneut Forderungen zu formulieren und sich an den Allgemeinen Eisenbahnverband und die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner zu wenden, um gemeinsam diese Forderungen erneut dem Reichsverkehrsministerium zu unterbreiten. Bei Ablehnung sollten sofort die nötigen Vorbereitungen getroffen werden.

Die christlichen und gelben Verbände haben ebenfalls am Dienstag und Mittwoch getagt und unter dem Druck ihrer Mitglieder einen ähnlichen Beschluß gefaßt. Sollte das Reichsverkehrsministerium diese Forderungen wiederum ablehnen, dann ist der Kampf unausweichlich. Selbst die Christen werden gezwungen sein, den Kampf mit einzuleiten. Die Erbitterung der Eisenbahner ist ungeheuer.

Der Freie Eisenbahnerverband hielt gestern in Berlin eine überfüllte Eisenbahnerversammlung ab. Der Referent gab einen Bericht über den Stand der Bewegung und schilderte eingehend die Ursachen der gegenwärtigen elenden Lage der Eisenbahner. Die Eisenbahner müßten geschlossen den Kampf für ihre Forderungen aufnehmen. Der FVB werde bei dem Kampf an der Spitze marschieren. Der Freie Eisenbahnerverband ist an den Vorstand des DEB mit einem Schreiben herangetreten, um gemeinsam die zu treffenden Maßnahmen zu beraten. Der FVB erklärte, seine Beschlüsse unabhängig von den übrigen Organisationen zu treffen.

Der Zweck des „unabhängigen“ Vorgehens des DEB war, den Kampf zu sabotieren.

Seit bürgerlichen Presseberichten vom 14. haben die Führer des DEB, mit der Reichsregierung sich auf einer, sagt und spricht, fünfprozentigen Lohnerhöhung geeinigt und den Kampf abgeblasen.

Trotz aller Vereinbarungen der DEB-Führer ist der Kampf der den den Eisenbahner, der ein Kampf gegen die Durchführung des Caser-Vertragesabkommens ist, unermittlich.

Immer härter wird in den Eisenbahnerverbänden die Opposition der abermals geprellten Eisenbahner werden und sie werden in Gemeinshaft mit den im Freien Eisenbahnerverband organisierten Kollegen alle Mittel anwenden, um die Eisenbahner gegen das faule Kompromiß und für den offenen Kampf mobil zu machen.

# GOLGATHA.

23 Von Pawel Dorochow. (In Buchform erschienen im Verlage J. Neumann, u. Neff, Wien.)

Der Mann schmeckt Rebellen. Seine Beine zucken. Das Weib seiner Augen hat unheimlich hervorgehoben. Noch ein letztes Aufbäumen. Dann wurde er still.

Dimity läßt sich, die Achse des Mannes zusammenzucken. Nur der herrliche Seidenschleier war in ihm.

„Wäre ich er keine Fingern, ließ sich an die Erde neben dem Mann nieder und schaute auf. Er erwiderte langsam im ganzen Körper eine unbeschreibliche Müdigkeit. Seine Beine zitterten. Er wußte, daß er ein Ende machen mußte, aber er konnte nicht die Kraft, sich zu erheben.“

„Jedoch ließ er eine laute hartnäckige Stimme: „Geh, geh!“

Er sah sich nach der Richtung des Spiegels, heute sie ein. Mit dem Gefühl eines nicht überwindlichen Widerstandes nahm er den Mann an den Beinen, schloß ihn zum Hals und warf den Körper ins Wasser. Man erwiderte ein lautes Aufschreien. Mit leiserem Aufschreien riefen vom Meer Erdröhren hinterher.

Dimity wußte sich über den Abhang. Es war still.

„Sag mir endlich Schamaria die weißen Fingern an. Mir.“

Er schaute sich nieder, sah lange gebundenen da. Dann hob er sich, wählte eine wunderbar abstruse Stelle, hing hinab nach blauen Kopf und Gesicht mit kaltem Wasser.

„Im Ofen hing die Morgensonne auf.“

„In der Morgenstimmung schaute Dimity ins Dorf zurück. Ohne Worte, nach Schamaria. Er ging zum Kreisamt. Der Leuchte des Vorsitzenden zu sprechen.“

„Ich bin ein Bauer des Gehirnschmerz. Scherza ist ein Hochgefühl vom Dampf gefahren, ich habe ihn verfolgt. Wehe mir, wenn ein Pferd, er kann nicht weit sein. Er wird mir nicht entweichen.“

„Er nahm seine Briefstücke hervor, zeigte seine Papiere vor. Der Vorsitzende sah sie nicht einmal an.“

„Ich weiß, Sie sind gestern vom Dampf geflogen.“ Dimity lächelte, zeigte auf seine Kleider. „Sie sehen, ich bin ganz nach Erlauben Sie mir, sie zu trocknen und lassen Sie einweichen das Pferd jahren.“

„Jeden Winter darauf verließ Dimity in trockenen Kleidern das Kreisamt. Der Vorsitzende begleitete ihn. Vielleicht soll ich Ihnen Leute mangeln?“

„Tja, ich werde allein fertig.“

Er sprach in den Dunkel. Schwing die Pflanze. „Nur nicht!“

X. Sitzung.

„Sag mir endlich die Fingern an die beiden Meern.“

„Es ist ein Festtag.“

„Bauern, Weiber, Mädchen und Mädchen drängen sich an die Landungsstelle. Kinder mit heulenden Stimmen hülfen zwischen den Beinen der Erden.“

„Tja, was ist das für ein großer Dampf.“

„Das ist wohl der Kommerant?“

„Ja, das ist er.“

„Der Kommerant hängt langsam heran. Die Besatzung die Klagen trägt an.“

„Was, kann! Stopp! Halte das Geiß!“

„Die Straße wird hochgehoben.“

„An den beiden Seiten der Landungsbrücke drängen sich zwei Haisbären an.“

„Tja, die Fingern an.“

„Sag mir endlich die Fingern an.“

„Es hat drei der ein ist groß, dreihundert. Ein glänzendes Scherza hat sich bis an die Fingern. Die anderen beiden sind kleiner, mit runden, glanzvollen Köpfen. Alle haben weisse Haare und blaue Fingern an. In den Händen tragen sie kleine Bündel. Die zwei Fingern hängen sich unter der Luft, während der Dampf ein Rollen an dem Boden zu rasen hören. — man warte ihn die schwerere Luft nicht an.“

„Weiber, Mädchen, Jungen drängen sich um die Fingern. Was verhältst du denn?“

„Auf der Straße wurden die Chinesen von Militärleuten eingeholt.“

„Sag mir endlich die Fingern an.“

„Die Chinesen hielten stehen.“

„Ich bringe Luch.“

„Komm ins Kreisamt, wir werden wissen, was ihr für Menschen seid.“

„Man führte die Chinesen zum Kreisamt.“

„Hier Vorsitzender, wir haben Chinesen gefangen, vielleicht sind es Espionen?“

„Der Vorsitzende runzelte streng die Stirn.“

„Habt ihr die Pflanze gesehen?“

„Ja, wohl.“

„Zeigt sie her!“

„Lange prüfte er die Papiere der Chinesen.“

„Chinesische Untertanen: Sun-jat-sen, Quan-sin-jun, Sun-an-li.“

„Die Ausweise stimmen, sie haben das Handelsrecht.“

„Vielleicht ist in dem Bündel etwas drin?“

„Der Leuchte dachte nach.“

„Im... Die Chinesen sind schlau Leute. Macht die Bündel auf...“

„Na, sagt, was ihr da habt.“

„Die Chinesen hielten nieder und öffneten ihre Bündel. Lange wählte man im knirschenden Reinstaub, in schimmernder Erde, glänzenden Spawls und bunten Fingern. Man nahm ihnen einige weg. Je einen Schawal, je ein paar Kissenbezüge, je drei Paar Socken und Handtücher.“

„Aha, geht jetzt, handelt so viel ihr wollt.“

„Die Chinesen banden ihre Bündel wieder zusammen, warteten sie auf die Schulter und gingen hinaus. Sun-jat-sen hing die Tropfen hinab, blieb eine Weile stehen, sah seine Kameraden nachdenklich an und sagte:“

„Nicht gut!“

„Quan-sin-jun nickte mit dem Kopf.“

„Nicht gut.“

„Sun-an-li sah das Kreisamt an und schüttelte den Kopf.“

„Nicht gut.“

„Ein Militärtrat trat heraus.“

„Hört mal, ihr Chinesen, geht zu Jafow Hsün, er hat eine Wohnung.“

„Wohnung brauchen.“

„Komm, ich werde euch den Weg zeigen.“

„Der Bauer Jwan Boboch, der von der Gemeinde ausgehört war, um neue Einwohnungsgebiete auszumachen, sehr in sein Heimatdorf Hsün zu gehen.“

(Fortsetzung folgt.)

# Aufruf!

Am 4. August 1924 jährt sich zum zehnten Male der Tag, an dem das europäische Proletariat in Völkermord und Krieg gekehrt wurde und an dem die Sozialdemokratie durch Bündnis mit Wilhelm II. schloß, an dem sie weiter den Kriegshebern die Kriegstreberei bewilligte.

Dann kamen die Jahre der furchtbaren Opfer, die das Proletariat im Interesse der Bourgeoisie in den Schützengräben und auf den Schlachtfeldern bringen mußte, bei denen Millionen ihr Leben ließen. Die aber, die aus dem Kriege zurückkamen, haben eine Fülle von Erlebnissen mit nach Hause gebracht. Diese Erlebnisse müssen im revolutionären Kampf des Proletariats gegen den imperialistischen Krieg, gegen den internationalen Kapitalismus als Waffe dienen.

Wir fordern alle revolutionären Arbeiter auf, ihre Kriegserlebnisse niederzuschreiben und auszusenden.

Wer noch Photographien aus den Schützengräben, aus den Frontkämpfen und aus der Etappe im Besitz hat, den bitten wir, auch die einzusenden.

Wir werden diese Erlebnisse in der Presse und in Blättern unter die breite Masse des Volkes bringen und damit wieder die Folgen der Sege für neue imperialistische Kriege, wie sie betrieben wird durch die Nationalsozialisten, Faschisten und Sozialdemokraten, vor Augen führen.

Berlin, den 5. Juni 1924.

Zentrale der SPD.

Alle Einsendungen sind zu richten an Hugo Eberlein, M. b. L., Berlin C 54, Rosenthaler Straße 38.

# Aus der Provinz.

## Die Option der Oberschlesier.

Durch die Abtretung eines Teils Oberschlesiens an Polen hat eine große Anzahl von Personen von Rechts wegen die deutsche Reichsangehörigkeit verloren und die polnische Staatsangehörigkeit erworben.

Zur Wiedererlangung ihrer früheren Staatsangehörigkeit werden von den betreffenden Personen Optionserklärungen für die deutsche Reichsangehörigkeit und Verzichtserklärungen auf die polnische Staatsangehörigkeit bis einschließlich 15. Juli 1924 im Optionsbüro der hiesigen Regierung entgegengenommen.

Das Optionsrecht dürfen nur Personen ausüben die

1. am 14. Juni 1922 nachweisbar im Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit waren (entweder durch Abstammung (Geburt) oder durch Einbürgerung in einem deutschen Lande),

2. am Tage der Abgabe der Erklärung das 18. Lebensjahr vollendet haben, sofern sie die polnische Staatsangehörigkeit auf Grund des Art. 25, § 1 und 26, § 1 des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien von Rechts wegen erworben haben unter Verlust der deutschen Reichsangehörigkeit.

Von Rechts wegen haben die polnische Staatsangehörigkeit erworben und gleichzeitig die deutsche Reichsangehörigkeit verloren alle Personen, die

- a) am 15. Juni 1922 ihren Wohnsitz im jetzt polnischen Teile des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes hatten und vor dem 2. Januar 1923 entweder in jetzt polnisch-Oberschlesien oder in einem anderen als Bestandteil Polens anerkannten Gebiet oder im deutsch-polnischen Teil des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes ihren Wohnsitz gehabt haben. (Zeitweilige Verleugnung des Wohnsitzes außerhalb der erwähnten Gebiete kommt nicht in Betracht, wenn die Voraussetzungen des Art. 25, § 2 a-c des deutsch-polnischen Abkommens vorliegen)

b) am 15. Juni 1922 ihren Wohnsitz im polnischen Teile des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes hatten und in diesem Gebiete von Eltern geboren sind, die zurzeit der Geburt dort ihren Wohnsitz hatten.

Als Wohnsitz einer Person gilt der Ort, an dem der Schwerpunkt ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse liegt. Minderjährige teilen den Wohnsitz der Eltern. Die Option des Ehepartners erstreckt ihre Wirkung auf die Ehefrau, die Option der Eltern (auch der unehelichen Mutter) auf die Kinder, die bis zum 15. Juli 1924 das 18. Lebensjahr nicht erreicht, ferner auf die Kinder, die bis zum Ablauf der Optionsfrist das 18. Lebensjahr vollendet, wenn von ihnen innerhalb der Optionsfrist das Recht auf Widerruf der von den Eltern abgegebenen Optionserklärung nicht geltend gemacht ist.

Ehefrauen, deren Ehe noch besteht, können (auch wenn sie vom Mann getrennt leben) nicht selbst optieren, für sie ist vielmehr nach Art. 22, § 1 des Abkommens die Option des Mannes wirksam.

Für Minderjährige unter 18 Jahren sowie für Personen, die entmündigt oder unter vorläufiger Vormundschaft gestellt sind, ist das Optionsrecht durch die gesetzlichen Vertreter auszuüben.

Das Verzichtrecht auf die polnische Staatsangehörigkeit dürfen Personen ausüben, die

1. am 15. Juni 1922 außerhalb jetzt polnisch-Oberschlesiens (in Deutschland, in Polen außerhalb Polens-Oberschlesiens oder im sonstigen Auslande) als deutsche Reichsangehörige ihren Wohnsitz hatten und von Eltern im polnisch-Oberschlesien geboren sind, die zur Zeit der Geburt im jetzigen polnisch-Oberschlesien ihren Wohnsitz hatten.

2. am Tage der Abgabe der Erklärung das 18. Lebensjahr vollendet haben, wenn sie oder ihre Ehefrauen

a) Verträge auf- oder absteigender Linie haben, die am 15. Juni 1922 einen vor dem 15. April 1922 begründeten Wohnsitz im deutschen oder polnischen Teile des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes hatten, oder

b) am 15. Juni 1922 mindestens seit dem 15. April 1921 ihren Wohnsitz im deutschen Teil des Abstimmungsgebietes hatten, oder

c) mindestens 15 Jahre einen Wohnsitz im deutschen oder polnischen Teile des Abstimmungsgebietes hatten, oder

d) mindestens 2 Jahre vor dem 15. Juni 1922 im polnischen Teile des Abstimmungsgebietes Grundbesitz oder ein gewerbliches Unternehmen erworben haben, sofern sie den Grundbesitz selbst bewirtschafteten oder das Unternehmen selbst leiten. Diese Personen haben auf Grund des Art. 25, § 2 a) der deutschen Reichsangehörigkeit seit dem 15. Juni 1922 die polnische Staatsangehörigkeit von Rechts wegen hinzugewonnen. Sie behalten diese bis zur Ausfertigung einer Verzichtsurkunde, längstens bis 15. Juli 1924.

Wird von diesen Personen eine Verzichtserklärung während der Optionsfrist nicht abgegeben, so verlieren sie, falls sie ihren Wohnsitz in Deutschland haben, von Rechts wegen die polnische Staatsangehörigkeit und behalten allein die deutsche Reichsangehörigkeit, es sei denn, daß sie sich bis 15. Juli 1924 in die Register des für ihren Wohnsitz zuständigen polnischen Konsulats als polnische Staatsangehörige haben eintragen lassen. In diesem Falle behalten sie die polnische Staatsangehörigkeit und verlieren die deutsche Reichsangehörigkeit.

Den Erklärungen, auch zu Protokoll, sind in jedem Falle zur Begründung des ausübenden Rechts beizufügen:

1. Heiratsurkunde mit vollständigen Personalien bei Ehegatten) und Geburtsurkunden der Kinder, evtl. Familien Stammbuch.

2. Geburtsurkunde des Erklärenden, gegebenenfalls Taufschein.

3. Belege für die Staatsangehörigkeit am 15. Juni 1922 und Verzichtserklärung über den Wohnsitz im ober-schlesischen Gebiet vor dem 2. Januar 1923 und nach diesem Zeitpunkt bis einschließlich 15. Juni 1922.

Sollten die geforderten Urkunden nachweisbar nicht beigebracht werden können, so ist die Entgegennahme einer eidesstattlichen Versicherung der Richtigkeit aller Angaben zulässig.

Die Verleugnung wird empfohlen, ihre Erklärungen unverzüglich abzugeben, da nach dem 15. Juli 1924 eingehende schriftliche oder mündliche Erklärungen nicht mehr angenommen werden.

Rußland. Stadtoberordnetenversammlung. Die Sitzung, auf der 17 Punkte zur Beratung standen und fünf in einer Stunde erledigt werden, dauerte diesmal 3 1/2 Stunden. Als erstes wurde die Stadtratswahl auf den 27. Juni festgesetzt und hierzu ein Wahlstand bestimmt. Einer Notkreditgenossenschaft wurde ein Kredit bewilligt; dann wurde die Verleugnung des Grundbesitzes und der Bau von Verkaufshäusern beschlossen. Genosse Beimel wandte sich gegen die Verleugnung, das dies nur im Interesse einzelner Geschäftskreise liege. Der Antrag wurde abgelehnt. Bei der Festlegung der Tagpachten entspann sich eine größere Debatte. Die Pächter sind alles Bessergestellte Leute und ergötzen das umfangreiche Gelände für einen Spottpreis. Genosse Beimel beantragt, daß die Hälfte der Tagpachte in Geld oder Natura zur Unterstufung der Ortsarmen und Surpennschen abgeleitet werden soll. Er verwies darauf, daß auch die ärmere Bevölkerung ein Anrecht auf das Wild habe und nicht, daß es nur den Skawanten und Faulen zu Verfügung stehe. Ein Mietervertreter erklärte dies für einen Wis mit der Bestätigung, den Gütern fehlte doch der Etwas zur Zubereitung. Der Antrag Beimel, wie ein anderer, der eine Erhöhung der Pachtsumme vortrug, wurde mit allen Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt. Pachtatung es bei dem Punkt Verachtung der Witwenhäuser zu. Genosse Beimel wies nach, daß die Neufelder Zeitung, als bisheriger Pächter der Säulen, sehr parteiisch gehandelt hat. Ebenso ist die Pachtsumme zu niedrig. Da sich die Großen aber nicht heissen, so bleibt auch hier alles beim alten. Nach Erledigung einiger weniger wichtiger Vorlagen kam der Dringlichkeitsantrag der kommunistischen Fraktion zur Ausführung. Der Antrag verlangt tarifliche Entlohnung für die beim Bau des Freizeitschwimmbades beschäftigten Arbeiter. Um nicht allen Kredit zu verlieren, bequämen sich die Herren schließlich hierzu und es wurde demnach beschlossen.

— Kreis tagung. Als erster wird der Genosse Haake eingeführt. Der zweite Punkt befaßt sich mit dem Hausbaufrage. Genosse Beimel beantragt Einzelabstimmung über die verschiedenen Ausgaben und Einnahmen, was auch angenommen wurde. Hierauf wurden von der kommunistischen Fraktion 10 Abänderungsanträge eingebracht, die höhere Bereitstellung von Mitteln für Wohlfahrtsleistungen, Bekämpfung der Tuberkulose, Kinderheime, Waisen- und Krankenhäuser, Erwerbslosenfürsorge usw. fordern. Die Anträge wurden in dem Sinne angenommen, daß nach oben keine Schranken gelten sollten. Wir werden darüber wachen, daß das gehalten wird. Ein Antrag des Kreis Ausschusses, der verlangt, daß den Hängelgeschädigten vom Kreis zu der von Staat oder Provinz gewählten Summe ein Zuschuß gewährt wird, findet ebenfalls Annahme. Ein Zusatzantrag der kommunistischen Fraktion, der vom Kreis Ausschuss verlangt, daß er bei den maßgebenden Stellen vorstellig wird, um für die kleinen Bauern Erleichterung der Steuern für 1924 zu erreichen, wurde ebenfalls angenommen. Hierauf gelangten die in den Kommissionen bereits ausgearbeiteten Vorschläge zu Amtsvorsteher zur Annahme. Genosse Beimel geistete hierbei die ganze Methode, wo in Oberschlesien ein Genosse von uns nicht beschäftigt wird, daß aber ein Herr „von“ als bestgeschaffter Mann der Gegend als stellvertretender Amtsvorsteher in Funktion kommt. Arbeiter dieser Gegend, protestiert gegen derartiges Treiben.

Des weiteren wurde die Vorlage angenommen, die den Bau von Beamtenwohnungen vorseht. Hier stellte Genosse Beimel fest, daß ein Antrag von ihm, der den Bau von zwei Beamten- und zwei Arbeiterwohnhäusern für die beim Kreis Beschäftigten vorseht, vom Landrat nicht auf die Tagesordnung gesetzt ist. Nach langem Sträuben gab der Landrat dies zu und somit kommt der Antrag erst bei der nächsten Sitzung zur Behandlung.

Obersangerbräu. Auch die Hausbesitzer vernehmen ihr Fach. Ein Arbeiter schreibt uns: Verschiedene Hausbesitzer von Sangerbräu legen die Mietsache nach ihrem Wohlstand aus, woraus zu ersehen ist, daß sie sehr Appetit auf Geld haben. So ein Wirt wohnt Kirchstraße 2. Er besitzt in seinem Haus zwei Wohnungen, die nicht als Wohnräume, sondern als Kuchküche zu betrachten sind. Der Arbeiter schaft von Sangerbräu ist zu empfehlen, sich mal für diese Wohnungen zu interessieren. Eine von den beiden Wohnungen ist geradezu unträglich. Sie ist so beschaffen, daß man binnen einigen Jahren die verkaufen und vermoderten Sachen von neuem kaufen muß. Dieser beschriebene Wirt bringt es fertig, für diesen Kuchküche mit Schuppen 40 Taler jährlich Miete zu verlangen, was eine unerhörte Gemeinheit ist. Für den Wirt — der hier früher zu dieser Wohnung gehörte, verlangt dieser Herr noch etwa 6 Mark vierteljährlich. Also Miete für diesen Kuchküche mit Zubehör 144 Mark jährlich. Die Friedenstraße von 1911, nach der sich der beschriebene Wirt zu richten hat, beträgt jährlich 82 Mark mit Zubehör. Nun frage ich, ob das nicht gemindert ist. Die Arbeiterschaft von Sangerbräu ist zu empfehlen, sich solche Hausbesitzer in ihre Dummheit zu prägen, um bei gegebener Zeit die Gegenrechnung vorzulegen.

Verantwortlich für den gesamten Text: Robert Schulz, Breslau. Sekretäre: Max Fißcher, Breslau. — Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Breslau, Trebniner Straße 50.

# Wir haben unsere Preise nochmals herabgesetzt!

Einige Beispiele:

## Luxus-Modelle

Rindbox-Schnürschuhe mod. Form ..... 7<sup>90</sup>

Braune Rindboxstiefel durchgez. und schwarz Mastboxstiefel, Rahmenarbeit ..... 12<sup>50</sup>

Braune Mastbox und schwarz Boxkalf-Schnürschuhe, Rahmenarbeit ..... 13<sup>50</sup>

Braune Boxkalf-Halbschuhe, ferner schwarz Rindbox-Schnürschuhe, zwischensohl. mit Gummiflexen, beide Artikel in Rahmenarbeit ..... 15<sup>50</sup>

Braune Boxkalfstiefel = moderne Kuchstiefel, rotbraun Boxkalf mit schwarzem Lederbesatz, ferner weiß u. grau Wiederschuhstiefel, moderne spitze Form ..... 18<sup>50</sup>

## Domini-Modelle

Echte Chevreau-Schnürschuhe, ferner Restposten in echt Chevreau-Spangenschuhen, sowie in braun Chevreau- und Rindbox-Schnürschuhen ..... 6<sup>50</sup>

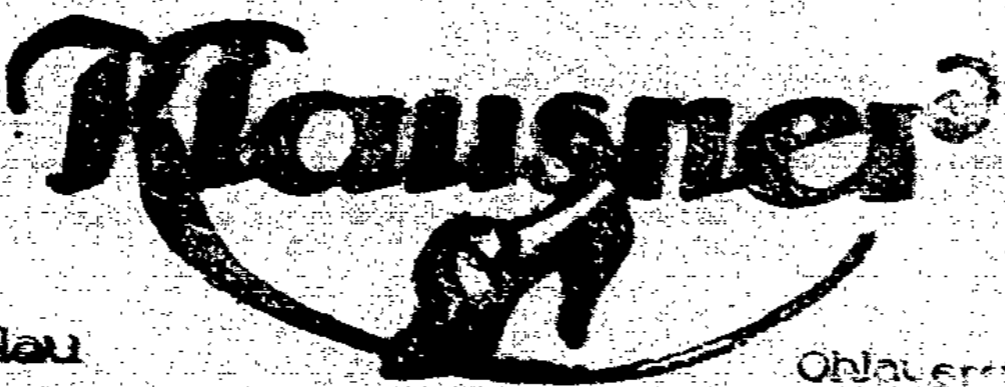
Braune Chevreau-Schnürschuhe spitze Form, Restposten in echt Chevreau-Schnürschuhen und prima Boxkalf-Schnür- und Spangenschuhen ..... 8<sup>90</sup>

Braune prima Boxkalf- und echt Chevreau-Spangenschuher mit Schließeschnalle, Rahmenarbeit, mod. schmalsteckig. Form, ganz besonders preiswert ..... 11<sup>90</sup>

Braune echt Chevreau- und braune Koffchevreau-Schnürschuhe, mod. spitze Form, auf Rand genäht, la Fabrikat, ferner schwarz prima Boxkalf-Breitspangen- und braun Ein- und Zweispangenschuhe, randgenäht ..... 13<sup>50</sup>

Braune echt Chevreau- und prima Boxkalf-Schnürschuhe, in allen mod. Formen, Rahmenarbeit, graue Chevreau-Spangenschuhe und Wildlederpumps, leicht und elegant ..... 15<sup>50</sup>

Beachten Sie bitte unsere Auslagen!



Breslau

Ohlaustr.

## Kindern-Modelle

Weiße Leinen-Halbschuhe

23/24	25/26	27/28	29/30
3.95	4.10	4.25	5.10

Braune Rindbox-Flexible-Sandalen

23/24	25/26	27/28	29/30
4.50	4.90	5.50	6.50

Braune Flexible-Sandalen doppelsohlig

23/24	25/26	27/28	29/30
5.25	5.75	6.25	7.30

Heferschuhe braun Boxkalf, einsohlig und braun Rindbox, doppelsohlig

27/28	29/30	31/32
11.50	14.50	17.90

Gummi-Badeschuhe in verschiedenen Farben

23/24	25/26	27/28
2.40	3.00	3.40



Erinnerungen an Rosa Luxemburg.

Vor fünf Jahren fanden sich Zehntausende vor Proletariern, alle guten Revolutionäre, am Grabe Rosa Luxemburgs zusammen, am offenen Grabe, das das Allen teuerste der vielen Opfer der Revolution aufnehmen sollte.

Doch wir wollen nicht dieses Geschwäzes heute des Längeren gedenken, sondern lieber der tiefbewegten Worte, mit denen Clara Zetkin am Grabe Rosas gedachte, als der Freundin, der sie durch lange Jahre und bis zum Tode treu und verbunden war.

Ich lernte Rosa Luxemburg vor 20 Jahren in jener Zeit kennen, da sie enge Freundschaft und innigstes Zusammenarbeiten mit Clara verband, die selbst in ihren Briefen dieser Zeit als eines besonders fruchtbaren Abschnittes ihres Lebens gedenkt.

Wir heu e. denken die Rosa Luxemburg der Revolution vor allem gegenwärtig ist, die Rosa, die als letztes ihr stolzes „Ich war, ich bin, ich werde sein!“ triumphierend hinausrief, deren Tod noch Triumph und Trost gegen die Konterrevolution war.

ganzer und voller und starker Mensch war, hat sie nicht nur im Gefängnis in allen Briefen, auch im Briefwechsel mit Ludke Kautsky bewiesen, in all jenen kleinen und großen Zügen der Teilnahme und Hingabe an einzelne Menschen, sondern bis in die letzten Wochen und Tage hinein, wenn sie auch in diesen Zeiten höchster Aktivität und Spannung, die ganz weibliche, ganz mütterliche Fürsorge für ihre Freunde in der Mediationsstube nicht vergah, selbst Tee bereite und das Notwendige für ein Abendbrot besorgte.

Nur aus einer solchen unerschöpflichen Kraft und Fülle wird die volle Hingabe an das Werk geboren. Nur aus einer solchen Fülle heraus wird die Revolution verwirklicht werden. Unser Leben ist voll von Konflikten, Ueberall, vor denen, die es ernst nehmen, stellt die Frage: Die Persönlichkeit — ihre Wert — Partei, Karl Liebknecht hat einmal jenes Wort des alten griechischen Dichters zitiert „und liebe die Sonne nicht zu sehr und nicht zu sehr die Sterne“, womit er sagen wollte, daß der Revolutionär sich nicht zu fest mit „irdischen Dingen“ verknüpfen, kurz, „am Leben hängen“ soll.

Aber es gibt heute Revolutionäre, und junge, die sich daraus eine eigene „Revolutionärsmoral“ machen und sagen: „Wir sind nicht die Männer, die Frau und Kinder brauchen können (wir, die wir die Revolution machen)“ und die sich die Berechtigung zu Brutalitäten und Unmenslichkeiten, zu einer ganz verbotenen Literatormoral herleiten.

„Die Ordnung herrscht in Berlin.“

Von Rosa Luxemburg.

„Ordnung herrscht in Berlin!“ verkündet triumphierend die bürgerliche Presse, verkünden Ebert und Noske, verkünden die Offiziere der „Siegreichen Truppen“, denen der Berliner kleinbürgerliche Mob in den Straßen mit Tüchern winkt, mit Hurra! jubelt. Der Ruhm und die Ehre der deutschen Waffen sind vor der Weltgeschichte gerettet.

„Ordnung herrscht in Warschau!“ „Ordnung herrscht in Paris!“ „Ordnung herrscht in Berlin!“ So laufen die Meldungen der Hüter der „Ordnung“ jedes halb Jahrhundert von einem Zentrum des weltgeschichtlichen Kampfes zum andern. Und die frohlockenden „Sieger“ merken nicht, daß eine „Ordnung“, die periodisch durch blutige Meutereien aufrechterhalten werden muß, unaufhaltbar ihrem historischen Geschick, ihrem Untergang entgegengeht.

Was war aber der Ausgangspunkt der letzten Kampfwochen? Wie in allen bisherigen Fällen, wie am 6. Dezember, wie am 24. Dezember: eine brutale Provokation der Regierung! Wie früher das Blutbad gegen wehrlose Demonstranten in der Chausseestraße, wie die Meuterei gegen die Matrosen, so war diesmal der Anschlag gegen das Berliner Polizeipräsidium die Ursache aller weiteren Ereignisse.

Was zeigt uns die ganze Geschichte der modernen Revolutionen und des Sozialismus? Das erste Aufkommen des Klassenkampfes in Europa: der Aufbruch der Lyoner Seidenweber 1834 endete mit einer schweren Niederlage. Die Chartistenbewegung in England — mit einer Niederlage. Die Erhebung des Pariser Proletariats in den Juniagen 1848 endete mit einer niederstürzenden Niederlage. Die Pariser Kommune endete mit einer furchtbaren Niederlage. Der ganze Weg des Sozialismus ist — soweit revolutionäre Kämpfe in Betracht kommen — mit lauter Niederlagen besät.

Und doch führt diese selbe Geschichte Schritt um Schritt unaufhaltbar zum endgültigen Siege! Wo wären wir heute ohne jene „Niederlagen“, aus denen wir historische Erfahrung, Erkenntnis, Macht, Idealismus geschöpft haben! Wir setzen heute, wo wir unmittelbar bis vor die Endschlacht des proletarischen Klassenkampfes herangekommen sind, geradezu auf jenen Niederlagen, deren keine wir wissen dürfen, deren jede ein Teil unserer Kraft und Zielklarheit ist.

Der 15. Juni

ist für das revolutionäre Proletariat ein Ehrentag!

In diesem Tage gedenken wir nicht nur der gemordeten Freiheitkämpfer, sondern vor allem auch der Opfer der Klassenjustiz. Die Selbstverwirklichungen am 15. Juni sind gleichzeitig Sammeltage für die Rote Hilfe

Es ist da mit Revolutionskämpfen das direkte Gegenteil der parlamentarischen Kämpfe. Wir hatten in Deutschland binnen vier Jahrzehnten lauter parlamentarische „Siege“, wir schritten geradezu von Sieg zu Sieg. Und das Ergebnis war bei der großen geschichtlichen Probe am 4. August 1914: eine vernichtende politische und moralische Niederlage, ein unerhörter Zusammenbruch, ein beispielloser Bankrott.

„Ordnung herrscht in Berlin!“ Ihr klumpen-Esgeren! Eure „Ordnung“ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon „raffend“ wieder in die Höhe richten und zu eurem Schreden mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!

Trotz alledem!

Von Karl Liebknecht.

Generalskorn auf Spartakus! Nieder mit den Spartakisten! heult es durch die Gassen. Wagt sie, peitscht sie, reißt sie, schlägt sie, spießt sie, trampelt sie nieder, reißt sie in Fetzen! Greuel werden verübt, die jene belgischen Greuel deutscher Truppen in den Schloten stellten.

„Spartakus niedergerungen!“ schillert es von „Wost“ bis „Vorwärts“.

„Spartakus niedergerungen!“ Und die Säbel, Revolver und Karabiner der wiederhergestellten altpreußischen Polizei und die Entwaffnung der revolutionären Arbeiter wird seine Niederlage besiegeln. „Spartakus niedergerungen!“ Unter den Bajonetten des Oberst Reinhard, unter den Maschinengewehren und Kanonen des Generals Lüttwitz sollen die Wahlen zur Nationalversammlung vollzogen werden — ein Verzicht für Napoleon-Ebert.

„Spartakus niedergerungen!“ Jawohl! Geschlagen wurden die revolutionären Arbeiter Berlins! Jawohl! Niedergeworfen an die Sunden ihrer Ketten! Jawohl! In Kerker geworfen viele Hunderte ihrer Getreuen!

Jawohl, sie wurden geschlagen. Und es war historisches Gebot, daß sie geschlagen wurden. Der Kampf war dem Proletariat aufgezwungen von der Ebert-Hand; und elementar brauchte er aus den Berliner Massen hervor — über alle Zweifel und Bedenken hinweg.

Jawohl! Die revolutionären Arbeiter Berlins wurden geschlagen.

Und die Ebert-Scheidemann-Noske haben gesiegt. Sie haben gesiegt, denn die Generalität, die Bürokratie, die Junker von Schlot und Kraut, die Pfaffen und die Gelbsäde, und alles, was enghrütig, beschränkt, rückständig ist, stand bei ihnen. Und siegte für sie mit Kartätschen, Gasbomben und Minenwerfern.

Aber es gibt Niederlagen, die Siege sind; und Siege, verhängnisvoller als Niederlagen.

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein. Denn die Niederlage ist ihre Lehre. Nicht anders, als in tastenden Versuchen, in jugendhaften Irrtümern, in schmerzlichen Rückschlägen und Mißerfolgen kann es die praktische Schulung gewinnen, die den künftigen Erfolg gewährleistet.

Für die lebendigen Urkräfte der sozialen Revolution, deren unaufhaltbares Wachstum das Naturgesetz der Gesellschaftsentwicklung ist, bedeutet Niederlage Aufpeisung. Und über Niederlage und Niederlage führt der Weg zum Siege.

Die Sieger aber von heute?

Für eine ruchlose Sache verrichteten sie ihre ruchlose Blutarbeit. Für die Mächte der Vergangenheit, für die Tadelfeinde des Proletariats.

Und sie sind schon heute unterlegen! Denn sie sind schon heute die Gefangenen derer, die sie als ihre Werkzeuge zu gebrauchen dachten, und deren Werkzeuge sie seit je waren. Noch geben sie der Firma den Namen. Aber nur eine kurze Galgenfrist bleibt ihnen.

Die französische Bourgeoisie mußte die Junischlächter von 1848 und die Märzschlächter von 1871 aus ihren eigenen Reihen nehmen. Die deutsche Bourgeoisie braucht sich nicht selbst zu bemühen. — „Sozialdemokraten“ vollführen das schmutzige, verächtliche, das blutig-feige Werk: ihr Cavaignac, ihr Gallist heißt Noske, der „deutsche Arbeiter“.

Glodengeläute rief zur Schlächterei; Muff und Tücher-schwenken, Siegesjubiläum der „volkswirtschaftlichen Schreden“, gereiften Kapitalisten feiert die rettende Soldateska. Noch raucht das Pulver, noch schwelt der Brand des Arbeitermordes, noch liegen die geföteten, noch stöhnen die vermurdeten Proletarier, da halten sie Parade über die Mördertruppen, aufgebüht im Siegestoske, die Ebert, Scheidemann und Noske, Drahtensaal!

O, ihre Herrlichkeit kann nicht lange währen: eine Galgenfrist, und sie werden gerichtet sein.

„Spartakus niedergerungen!“

O gemach! Wir sind nicht geflohen, wir sind nicht geschlagen. Und wenn sie uns in Bande werfen — wir sind da und wir bleiben da! Und der Sieg wird unser sein.

Unter dem Dröhnen des heranrollenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs werden die noch schlafenden Scharen der Proletarier erwachen wie von den Posaunen des jüngsten Gerichts, und die Leichen der hingemeteten Kämpfer werden auferstehen und Rechenschaft heißen von den Fluchbeladenen. Heute noch das unterirdische Grollen des Vulkans — morgen wird er ausbrechen und sie alle in glühender Asche und Lavaströmen begraben.

Denn Spartakus — das heißt Feuer und Geist, das heißt Seele und Herz, das heißt Wille und Tat der Revolution des Proletariats. Und Spartakus — das heißt alle Not und Mühselnsucht, alle Kampfesfurchtlosigkeit des Klassenbewußten Proletariats. Denn Spartakus, das heißt Sozialismus und Weltrevolution.

Noch ist der Selbstweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet — aber der Tag der Erlösung naht. Der Tag des Gerichts für die Ebert-Scheidemann-Noske und für die kapitalistischen Machthaber, die sich noch heute hinter ihnen verstecken. Sternenhoch schlagen die Wogen der Ereignisse — wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel.

Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird — leben und unser Programm: es wird die Welt der ersten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!



# Preisauschreiben der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“.

## Prämienverteilung.

Obgleich unsere Genossen fortwährend durch polizeiliche und regierungsbehördliche Maßnahmen in der glatten Durchführung ihrer Werbeltätigkeit gestört wurden, können sie doch gute Erfolge während der letzten Werbeweche für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ buchen.

### 1321 neue Leser wurden gewonnen!

Bei verschiedenen Ortsgruppen mußte die Beteiligung in Anbetracht ihres ausgezeichneten Funktionärskörpers bedeutend lebhafter sein. Da dies nicht der Fall war, deshalb stehen diese weit hinter anderen Orten zurück, bei denen mit einer großen Zunahme an Abonnenten zu rechnen nicht zu rechnen war.

Besonders stark zeigte sich dies in Groß-Mochern mit einer Zunahme von 500 Prozent.

Die meisten neuen Leser, die einzelne Genossen gewonnen haben, brachte der Genosse Höberich, Breslau, Distrikt 2 mit 33, ihm folgt Karl Stifch, Breslau, Distrikt 10/11 mit 20.

Die Preisauflage wurde am besten gelöst von Gen. Ernst Marschall, Dreher, Bernstadt, die wir hier zum Ausdruck bringen; ihm folgt Genosse A. B., Diebst. Eine ganze Anzahl andere Arbeiter gingen ein, die aber wegen verschiedener Mängel ausscheiden mußten, obgleich manche recht gut waren.

Besonders zahlreich gingen Zeichnungen ein, so daß wir direkt überlastet waren, welche talentierte Genossen mit Marter Auffassung und gutem Geist in den Reihen der revolutionären Arbeiterschaft vorhanden sind, die infolge der kapitalistischen Wirtschaftsform nicht zur Entwicklung kommen können. Sehr gut ist die Arbeit des Genossen Kurt Drewitz, Diebst. und die eines Genossen, der in seiner proletarisch-künstlerischen Bescheidenheit seinen Namen nicht nannte. Wir glauben durch Veröffentlichung seiner Bilder ihn veranlassen zu können, an die Oberfläche zu kommen. Beiden Genossen wurden Prämien zugesprochen.

Die Kommission hat sich zur Aufgabe gestellt, die ihr übertragene Arbeit unparteiisch zu erledigen und glaubt in der Prämierung das Rechte getroffen zu haben.

Es erhalten Prämien:

1. Genosse Karl Höberich (ein Wert aus unserer Buchhandlung nach eigener Wahl).
2. RVD, Ortsgruppe Groß-Mochern (eine rote Kampfmaschine).
3. Genosse Ernst Marschall, Dreher, Bernstadt (ein Wert aus unserer Buchhandlung nach eigener Wahl).
4. Genosse A. B., Diebst. i. Sch. (ein Wert aus unserer Buchhandlung nach eigener Wahl).
5. Jugendgenosse Kurt Drewitz, Diebst. (ein Wert aus unserer Buchhandlung nach eigener Wahl).
6. Genosse Unbekannt (ein Wert aus unserer Buchhandlung nach eigener Wahl).

Wir erfinden alle prämierten Genossen sich sofort mit uns zwecks Entgegennahme der Prämien in Verbindung zu setzen.

Breslau, 12. Juni 1924.

„Schlesische Arbeiter-Zeitung“  
Prüfungskommission.

## Was bedeutet das Sachverständigen Gutachten für die Werttätigen Deutschlands?

Das Sachverständigen Gutachten ist nach Anhören sämtlicher daran Beteiligten so gehalten, daß dem deutschen Arbeiter tatsächlich nur die Luft zum Leben bleibt. Wir wollen dies so gleich bemerken.

Den Kredit, von dem man in allen bürgerlichen Parteien sich Welens macht, gibt man in der sicheren Voraussetzung, daß sich das Geschäft rentiert. Es ist eine alte Tatsache, daß man erst Kapital anlegen muß, bevor sich irgendeine Sache bewährt, und daß die Kapitalisten der internationalen Geschäftsmänner richtig verwendet werden, dafür sind Kommissare und Kontrolloren eingesetzt; das heißt, mit dem Tage, wo das Gutachten angenommen ist, hat Deutschland aufgehört, ein selbständiger Staat zu sein.

Darum fordert man auch Beseitigung aller, die wirtschaftliche Produktion hindern den Sanftionen.

Unter diesen Hindernissen versteht das allierte Kapital (einschließlich des deutschen) in erster Linie den Abschluß den tag, Erwerbslosenfürsorge, Knappschaftsrechte, soziale Fürsorge und die Auszahlung der Kriegs- und Sozialrenten. Wieso?

Nun, ein Arbeiter in Deutschland wird, wenn er 14 Stunden im Tage bei noch geringeren Löhnen wie jetzt arbeitet, imstande sein, jegliche Konkurrenz zu schlagen. Was die anderen Artikel betrifft, die ich anführte, so ist dies für einen Kapitalisten und Geschäftsmann leicht gemacht, die vorher erwähnten Dinge kosten wohl eine Menge Geld, bringen aber nichts ein, daher werden sie gestrichen.

Da diese Maßnahmen so schnell wie möglich durchgeführt werden müssen, muß man die Kräfte konzentrieren; man verbindet sämtliche Kapitalisten in Konzerne und schlägt damit zwei Fliegen auf einmal:

1. Man ist durch die Konzentrierung des Kapitals in der Lage, die Betriebe technisch auf die Höhe zu bringen, und vernichtet auch alle Kleinbetriebe und kleinen Geschäftskente, da sie nicht mehr konkurrenzfähig sind.

2. Die Handwerker und Handelsleute sowie die ehemaligen Beamten der privatisierten Eisenbahn stoßen zur Reservearmee, den Arbeitslosen, und nur durch den Schicksal des Lebens und Sterbens wird es gelingen, ein gebildetes Volk zu führen. Die Industriekontrollen, die Arbeitslosen, werden zu Millionen da sein, denn jeder wird die Kohlen der Ausbeutung nicht erhalten und man kann auch darauf verweisen, daß man nur zu wollen braucht, um die Arbeitsmäßigen zur Nation zu bringen, man hungert sie einfach aus.

Da man aber doch befürchten muß, daß sich verschiedene Schichten das Fell nicht so ohne weiteres über die Ohren ziehen lassen (siehe Vergarbeitsvertrag), ist gleich ein Passus festgelegt, daß, wenn es nötig ist, Sanftionen und Besetzungen gestattet sind.

Dies alles belagert der Landes-Bericht (Sachverständigen Gutachten). Um nun aber die Arbeiter nicht gleich vor den Kopf zu stoßen und ihnen zu sagen, ihr seid nur Arbeiter des Kolonialstaates Deutschland, um einen Privilegierten und einen Mittel zu haben, läßt man die Regierung befehlen, daß man bezahlt sie nicht, rein, der Verwaltungsapparat der Regierung muß sich selbst bezahlt machen durch Einschieben von indirekten Steuern für Zucker, Tabak, Alkohol und Kohle. — Man handelt nach dem Bibelwort:

„Dem, der nichts hat, soll auch das wenige genommen werden das er hat!“

Nun? Alle Parteien (unserer ausgenommen) sind für das Räuberbüß, genannt Sachverständigen Gutachten, der Arbeiter gleich welcher Partei, mehr sich bereits heute dagegen. Wir können diesen Plan zur Kolonisierung Deutschlands hinaufziehen, wenn wir die streitenden Kämpfer allenthalben aktiv unterstützen und lassen die schlaunen Kapitalisten in ihren eigenen Schlingen, um ihnen die Gurgel endgültig zuzuziehen.

R. Raabe, Diebst.

## Unser Betriebsrat, wie er war und wie er sein soll.

Als SWD-Mann-Idéal — in der Verämmlung zur Betriebsratswahl! Ob den Kollegen er das Versprechen, Mit der Kapitalistenbrut zu brechen.

Diesem schenken ihm Vertrauen Und dachten wir haben einen Schläger: Sie lächelten über den Kommunist, Der das Betriebsratsgesetz schildert wie es!

Der vorgab, praktische Arbeit zu machen, (seinerzeit hat man ihn verlachen). Bei den Kollegen konnte dieses nicht nisten, Sie wählten sich jenen Reformisten.

Der dachte nun, jetzt hab' ich's geschafft! Und kam im Stiefhagen — o welche Prax! Er blühte hierhin, er blühte dorthin, Der Unternehmer zeigte Frohsein.

Denn der Betriebsrat in seinem Kleister, Er schauzte toller als der Meißler. Die Kollegen erwarteten aus ihrem Wahn Und sahen einander nachdenklich an.

Wie war's doch? — Er wollte brechen mit der Brut Kapital! Jetzt treibt er's genau so wie die andern all! — Das Vertrauen gebrochen! — Es lag's ein jede Die Kollegen schimpfen „Arbeiterverräter“!

Betriebsrat-Verämmlung: Im heiligen Zorn Die Kollegen drängen alle nach vorn, Der SWD-Mann, mit froher Frage, Will sich verteidigen, doch mit einem Sage.

Al der Kommunist da mit seinem Programm Und jeder lauscht, so gut er kann! Und nicht mehr schämen! Reinal Revolutionäres Erwachen Die Kollegen begeistern: Du sollst es machen!

Den SWD-Mann sieht man davonbleichen, Er mußte dem Kommunisten weichen. Hört man heut die Kollegen sich über den Betriebsrat unterhalten?

Darf allgemein: so wie der mühte jeder wanken; Denn er ländelt mit uns für proletarisches Recht: Für den Abschubentag, soziales Recht, Für höhere Lohn und für Arbeiterrecht.

Es ist recht, das ist revolutionär.  
Ernst Marschall, Dreher, Bernstadt.

## Unser Betriebsrat,

Wie er war ...

Unser Betriebsrat war stets die Sicherheitswache des Unternehmers, denn er bildete mit seinen Schächten den linken Flügel der Rechtsparterei und knüpfte mit den Arbeitsgemeinschaften die hungernden Proleten nieder. Er hat stets die im gerechten Kampf stehenden Arbeiter sabotiert und bekämpft und — was noch schlimmer ist — hat revolutionäre Bestrebungen, die sich mit aller Macht für das Recht der breiten Masse eingesetzt haben, beseitigen helfen.

... Wie er sein soll!

Unser Betriebsrat soll und muß ein Vorkämpfer aller derjenigen sein, die um ihre Befreiung vom kapitalistischen Joch kämpfen. Er soll das Sprachrohr der breiten Masse sein und die Forderungen bei dem Unternehmer tatkräftig durchsetzen im Kampf um die Erhaltung der Arbeiter, die dann bestimmt hinter ihm stehenden Kollegen zum Kampf aufrufen und mit ihnen bis zum Siege durchhalten.

A. B. Diebst.

## Breslau.

### Gegen den Parlaments- und Justizskandal.

Die Ortsgruppe Breslau der RVD hat die Breslauer Arbeiterschaft am Freitag zu einer öffentlichen Volksversammlung aufgerufen, die sich mit dem Parlaments- und Justizskandal in Deutschland und insbesondere in Schlesien befassen sollte.

Trotz strömendem Regen war der große Zentralballsaal bis auf den letzten Platz gefüllt. Genosse Standke eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis darauf, daß die Arbeiterklasse Breslaus unter Führung der kommunistischen Partei mit der heutigen Versammlung eine Abwehrorganisation gegen die Justizskandale der Breslauer Volks- und Gerichtsbehörde eingeleitet hat. Er wies ferner darauf hin, daß am Sonntag die rote-Hilfe-Woche beginnt und forderte die Arbeiter auf, gegenüber den revolutionären Kämpfern, die seit Monaten in den Gefängnissen schmachten, ihre Pflicht zu erfüllen.

Von der Versammlung stimmlich begrüßt, erhält der aus der Halle entlassene Genosse Smolka das Wort und führt folgendes aus:

Es ist heute nicht meine Aufgabe, der Versammlung das gesamte Schimpfen, daß sich die neuen Abgeordneten im Reichstag täglich gegenseitig an den Kopf werfen, zu wiederholen. Die bürgerlichen Parteien und Sozialdemokraten jammern in den Versammlungen und in der Presse darüber, daß die Kommunisten den Parlamentarismus mit Füßen treten.

Jedoch, die Kommunisten lehnen jede Mitarbeit in diesem reaktionären Parlament ab und sie verfolgen dabei diejenige Linie, die sie in der Wahlagitacion den Wählern konkret vorgeschrieben haben. Die kommunistische Fraktion hat durch den Mund der Genossin Ruth Schilder deutlich ausgesprochen, für was sie den neuen Reichstag hält, nämlich für ein hochberechtigtes Komödientheater und die 400 bürgerlichen Abgeordneten als hochberühmte Schaufelherde. Daß sich im deutschen Parlament gerade jetzt solche Stänbale abspielen, ist kein Zufall und auch keine heutzutage deutsche Erscheinung. In fast allen bürgerlichen Parlamenten Europas wiederholen sich die Stänbale und Prödelereien zwischen den kommunistischen und den bürgerlich-sozialdemokratischen Abgeordneten. Diese Erscheinungen sind der beste Beweis dafür, daß der bürgerlich-demokratische Parlamentarismus im Sterben liegt.

Diese Stänbale, die jetzt an der Tagesordnung sind, hätten eigentlich schon am 4. August 1914 in allen Parlamenten Europas ausbrechen müssen, wenn die sogenannten „Arbeitervertreter“, die in den Parlamenten saßen, nicht beim Ausbruch des Krieges vor der eigenen Bourgeoisie kapituliert und in das Lager monarchistischer Generale übergetreten wären. Im Deutschen Reichstag hat sich nur ein einzelner Abgeordneter, und zwar Karl Liebknecht, gefunden, der die Forderung der Revolution erhoben hat. Die kommunistische Fraktion im jetzigen Reichstag verweigert ganz konsequent die Linie, die durch Karl Liebknecht seit Beginn des Krieges vorgezeichnet wurde.

Der Genosse Smolka schilderte dann die Unterdrückung und Orangsierung der kommunistischen Abgeordneten durch die bürgerliche Mehrheit mit Einschluß der Sozialdemokraten

er weist darauf hin, daß die Abgeordneten Lindau, Pfeiffer, Urban und Schlecht

ledig der sogenannten Immunität immer noch in den Gefängnissen sitzen, daß der Reichstagspräsident Wirth den Abgeordneten Kommissar für 20 Sitzungen anverleihen hat und daß sich alle bürgerlichen Parteien im Reichstag darüber einig sind, daß man gegen die Kommunisten mit den härtesten Mitteln vorgehen muß. Vorauszusetzen ist, daß von der 21 Mann starken Reichstagsfraktion der Kommunisten in bürgerlich-mehrheitlicher Zeit die Mehrheit aus dem Reichstag herausgeworfen wird.

Die Sozialdemokraten haben der Bourgeoisie die erdenklichste Menge der schlechtesten Führer der Sozialdemokraten, Karl Diebst., ehemaliger Reichstagsführer der bürgerlichen Parteien im Reichstag, und der Sozialdemokrat Zerkel, als Präsidenten im Reichstagsparlament haben oft genug ihre Kommissarhaft gegen die kommunistischen Fraktionen in Bewegung gesetzt.

Man droht mit Entziehung der Sitze, der Freiheitskämpfer, aber das alles wird die kommunistischen Abgeordneten nicht abhalten, die revolutionäre Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse zu erfüllen und innerhalb und außerhalb des Reichstags den Arbeitern das zu sagen, was die revolutionäre Pflicht von ihnen erfordert. Schon jetzt jammert die bürgerliche Presse darüber, daß drei Kommunisten im österreichischen Auszug sitzen, die ja keine Schweigepflicht gegenüber dem Ausland haben, um einmal hinter die Kulissen des bürgerlichen Staats zu schauen. Die Kommunisten werden alle Möglichkeiten benutzen, um die bürgerlichen Parlamente kammern, denn sie sind nicht dem Parlament, sondern allein der kommunistischen Partei und der revolutionären Arbeiterschaft für ihre Taten verantwortlich.

Im zweiten Teil seines Referates behandelt Genosse Smolka die Klassenjustiz.

Die Klassenjustiz ist im Augenblick noch eine der stärksten Stützen des bürgerlichen Staatsapparates. In Deutschland schmachtet ausser über

8000 politische Gefangene in den Gefängnissen. Was alle Einrichtungen des bürgerlichen Staates zur Niederhaltung und Unterdrückung der bürgerlichen Klassen dienen, ist auch die Justiz eine hervorragende Einrichtung. Der Revolutionär weiß an dem von kommunistischen Material nach welchem Grundsatz die Klassenjustiz in Deutschland angenommen hat. Einige Japen seien ihm wiedergesprochen: Nach dem Zusammenbruch der bayerischen Republik wurden

181 politische Verurteilte an Arbeitern und Arbeitern für die Revolutionäre eingekerkert. Karl Gramel (4 Jahre politische Haft) sind vom 10. Januar 1919 bis zum 24. April 1922 334 politische Verurteilte von Fuchs an Arbeitern und Revolutionären befangen worden. Die 181 politischen Verurteilten, die von der Revolutionäre an Arbeitern befangen wurden, schickten die Arbeiter in den Gefängnissen 2 Monate politische Haft, 230 Arbeiter politische Haft, und 181 politische Verurteilte. Für 18 Verurteilte, die von Arbeitern an revolutionären Verurteilten in bayerischer Zeit befangen worden sind, erhielten die Arbeiter als Ersatz 10 Gefängnisse, 249 Jahre, 2 Monate politische Haft und 181 politische Verurteilte. Die 181 politischen Verurteilten, die 775 an der Zahl, erhielten insgesamt 5 Jahre politische Haft. Die Jahre der bayerischen

rischen Verurteilung, 52 an der Zahl, erhielten eine Todesstrafe (Eugen Dostler), 133 Jahre 2 Monate Gefängnisse.

Er fährt dann nach den russischen Kerkermeisterprozess an und weist auf Grund der ergangenen Urteile nach, daß mit der Umgestaltung der ökonomischen und politischen Umwälzung in Russland sich auch eine völlige Umgestaltung der Justiz vollzogen hat. Er zeigt, daß den russischen Richtern, die alle ehemalige russische Gefangene aus der Zarenzeit sind, es nicht ausreichte, sich an ihren früheren Herren und Unterbrückern zu nehmen, sondern daß sie für sie wahrgenommen war, die politische Bedeutung des Prozesses, der die proletarische Justiz in einem ganz anderen Lichte erscheinen läßt, wie die bürgerliche Klassenjustiz.

In der Diskussion schilderten einige Genossen, und besonders die Genossin Ruth, die Justiz- und Schutzhandschänder unter der Führung des Breslauer Polizeipräsidenten. Der russische Genosse Korotkiw ist wegen Vätergegens und Leben von Wladimir seit über einem Jahr in Untersuchung, jetzt in der Schutzhand. Aus seinen Briefen geht hervor, wenn den Schutzhandschänder nicht bald ein Ende gemacht wird, er in das Zarenhaus eingekerkert werden muß, weil er diese Orangsierungen nicht mehr ertragen kann.

Im Schlußwort beschäftigte sich der Genosse Smolka mit dem im Saal anwesenden Genossen Krawinkel, weil eine wichtige festzustellen ist, daß sie sich in der Versammlung eines Spießbüßes bedient haben, der ihnen die Namen der Redner und des Versammlungszweckes zugezogen hat. Die Genossen haben diesen Spieß entdeckt und nur der Wachsamkeit der Kommunisten war es zu verdanken, daß er von der Versammlung nicht gewählt wurde.

Wir wollen nicht, ob dieser Spießel selber aus dem Fonds zur besseren Bereinigung, den der Herr Polizeipräsident ausgeben sollte, erhalt, aber etwas wissen wir, daß sich die Breslauer politische Polizei in diesen Fällen der schäblichsten Mittel, mit denen man einen Gegner bekämpft, bedient hat, und in der Zukunft bedienen wird.

Herr Polizeipräsident, wir kennen den Namen des Spießel, wir wissen seine Wohnung und wir werden zur rechten Zeit der bürgerlichen Polizei machen über jenen Skandal, der bei der Breslauer politischen Polizei herrscht und zum Himmel steht. Der Genosse Smolka widerlegt ferner in seinem Schlußwort die einzelnen Angriffe, die von bürgerlich-reaktionären gegen kommunistische Abgeordnete und die russische Justiz erfolgt sind unter dem Deckmantel der Arbeiter.

Am 11. Juni fand die Versammlung ihr Ende. Eine Sammlung für die rote Hilfe brachte einen höheren Betrag ein.

## Waffenjuche bei Breslauer Genossen.

Bei den Genossen Krawinkel und Stragotta fand am Sonntag, den 14. Juni, eine Hausdurchsuchung statt. Genosse des Herrn Krawinkel suchten vergeblich nach Waffen und behaupten, die betreffenden Genossen hätten Revolver besessen.

Um nicht bei der ihren gefährdeten Präsidenten zu treten, nahmen die bayerischen Beamten als Ersatz für die nicht geschickten Karren eine Kasse, die harmlose Druckblätter enthielt, mit.

Wir gratulieren Herrn Krawinkel zu seinem neuesten Erfolg.

# GLEIWITZ

Das Haus für  
Seiden- u. Kleiderstoffe



**Seidenhaus  
Weichmann**  
GLEIWITZ  
Fernruf Nr. 320/321.

SAISON-  
ERÖFFNUNG  
Frühjahr-Sommer  
1924

Beachtet  
bei allen  
Einkäufen  
immer  
unsere  
Inserenten!



**Josef Wechselmann G. m. b. H.**  
GLEIWITZ Wilhelmstr. 57

Spezial-Geschäft  
für  
Herrenstoffe  
Baumwollwaren  
Brautausstattungen

**Wilhelm Glawatty**  
Gleiwitz OS., Nikolaistr. 17

Herren- u. Knaben-Garderobe  
Wollwaren und Wäsche  
Spezialität:  
**Arbeiterkleidung**  
für jeden Beruf.

Für Verlobte  
das erprobte

**Schlesische Leinenhaus**  
SPEZIALITÄTEN  
Leinen-, Bett- und Tisch-Wäsche

**Schlesisches Leinenhaus**  
das Haus der guten Qualität

GLEIWITZ O.-S.  
Neudorfer Straße 4

Verkehr-  
Lokal der KPD.  
und sämtlicher freier Gewerkschaften

**Hütten-  
Gasthaus**

Hüttenstrasse Nr. 2  
Telephon 1065

**Walter & Co.**

Gleiwitz  
Wilhelmstrasse 16  
Oberschlesiens  
größtes Spezialhaus der

**Herren- u. Knaben-  
Bekleidungs-Industrie**

Reserviert



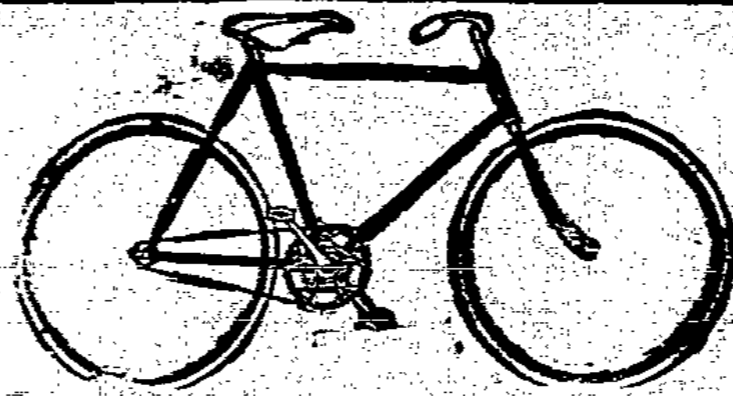
**Kinderwagen**

Haus- u. Küchengeräte

Spielwaren

H. Guttman, Inhaber, Gleiwitz, Reithener Straße 14.

Nähmaschinen  
und  
Sprechapparate



**Karl Galuschka, Gleiwitz,** Nicolaistraße 17

Fahrräder  
Fahrradersatz-  
und Zubehörfelle

Zigarren- und  
Zigaretten-  
Großhandlung

**Josef Preiß**  
Bahnhofstr. 34  
Telephon 730.

Kurz-, Weiß-  
u. Wollwaren  
Wäsche

**H. LANGER**  
GLEIWITZ  
Ring 5.

**Salo Frey**

Wilhelmstrasse 14 — Telephon 1443

empfiehlt  
Zigarren und Zigaretten  
in bester Qualität

**BUCHDRUCKEREI**

der Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien  
Breslau, Trebaltzer Strasse 50

**Paul Grzondziel**

Kronprinzenstraße 2

Uhren und Goldwaren  
Besteingerichtete Reparaturwerkstatt

**Georg Wendriner & Co.**

G. m. b. H.  
Gleiwitz OS.  
Klosterstraße 33  
Fernruf 169 (Nebenstelle)

**Manufaktur-  
und Wollwaren**

**WOLF & KUTTNER, Gleiwitz**

Nicolaistraße Nr. 16

Manufaktur- u. Modewaren-Herrenkonfektion  
Herren- und Damen-Wäsche

**Gebr. Barasch Nachf.**

Gleiwitz

Warenhaus für sämtl.  
Bedarfs-Artikel

**Karl Sauer**

Bahnhofstrasse 40 — Telephon 1285

Rauch-, Kau- und  
Schnupftabake

Spezialität:  
Kentucky-  
Presstabake  
Tabaklager

**Kaufhaus M. Leschziner**  
GLEIWITZ Nicolaistr. 4

Allergrößtes Geschäftshaus  
für Manufaktur, Tücher-, Leinen-,  
Wäsche-, Konfektion u. Schuhwaren

**Heinrich Jaschkowitz**

Wilhelmstrasse 19 an der Klodnitz — Fernruf 590

**Manufakturwaren**  
Haus für Bekleidung u. Aussteuer

**H. Gassmann**

Nicolaistrasse 7

Eisen- und  
Eisenwaren-Handlung

Haushaltungs-  
Gegenstände

**Gleiwitzer  
Wäsche-Fabrik**

Schützenstr. 2  
Spezialität:  
Gardinen  
Teppiche

**Viktor**  
Detail-  
Abteilung



**Deutsch**  
Nicolaistraße 15  
Tel. 23

Erstklassige Fahrräder, Nähmaschinen,  
Kinderwagen, Sprechapparate u. sämtl.  
Zubehörtelle sowie Reparatur-Werkstatt

**J. Sicha & Söhne**

GLEIWITZ  
Wilhelmstraße 30



**Reparaturen**

sachgemäss  
und schnell.  
**Singer Co. Nähmaschinen**  
Act. Ges.

Gleiwitz: Wilhelmstrasse 38  
Bentzen: Königshütter Chaussee 2  
Ratibor: Neue Strasse 21/23

Reserviert

**Gehröder Markus**

G. m. b. H.  
Telephon Ring Nr. 19  
Vorteilhafteste Bezugsquelle  
für Kleider-, Lag-, Voll- und Vollwaren

**Kopp & Panowsky**

Ring 14  
Modewaren, Damen-  
und Kinderkonfektion

**Wurst-Fabrik**